

1981 veröffentlichte Dr. Gerard Batliner im Band 9 der Politischen Schriften eine Standortbestimmung zur Situation des liechtensteinischen Parlaments.



Jetzt kann die Parlamentsreform beginnen!

Die Zustimmung einer eher knappen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zur Erhöhung der Mandatszahl im Landtag hat den Weg zu einer umfassenden Parlamentsreform geebnet, für die es in der Vergangenheit bereits verschiedene Anläufe gegeben hat, ohne jedoch wirksam zu werden. Der Landtag hat am 29. April 1987 eine fünfköpfige Kommission bestellt, die Vorschläge über eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsweise des Landtags zu erarbeiten hat . . .

Liechtensteiner Volksblatt, 26. Januar 1988

Breite Zustimmung im Landtag für das neue Abfallgesetz

Auf breite Zustimmung stiess im Landtag ein Entwurf der Regierung für ein neues Gesetz über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (Abfallgesetz), der am Mittwoch nachmittag im Rahmen der ersten Lesung über drei Stunden hinweg diskutiert wurde . . .

Nach geltender Ordnung ist die Abfallentsorgung fast ausschliesslich eine Gemeindeaufgabe, die mit staatlichen Beiträgen unterstützt wird. Nach Auffassung der Regierung genügt heute diese gesetzliche Grundlage nicht mehr. Es habe sich gezeigt, dass die Ziele einer modernen umweltverträglichen Abfallwirtschaft durch die Gemeinden allein, ohne die zielstrebige, gesetzlich verankerte Unterstützung durch den Staat, nicht mehr erreicht werden könnten. Das neue Abfallgesetz geht von den Grundsätzen aus, dass einerseits möglichst wenig Abfall entsteht, dieser so gut wie möglich wiederverwertet wird, und andererseits der Verursacher die Kosten zu tragen hat, die durch die Entsorgung entstehen. Die Standorte der Entsorgungsanlagen für Sonderabfälle werden nach dem Gesetzesentwurf von der Regierung nach Anhörung der Gemeinden festgelegt. Die Entscheidung bedarf zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Landtages, wobei dessen Beschluss unanfechtbar ist . . .

Liechtensteiner Volksblatt, 18. Dezember 1987

Die Gesetzesvorlage über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (Abfallgesetz) wurde mit diversen Verbesserungsvorschlägen einstimmig verabschiedet.

Aus der Berichterstattung über die öffentliche Landtagssitzung vom 6. April 1988 – Liechtensteiner Vaterland, 8. April 1988

Spatenstich für das neue Polizei- und MFK-Gebäude

Bei misslichen Witterungsverhältnissen wurde gestern morgen der Spatenstich für das neue Polizei-, Gefängnis- und Motorfahrzeugkontrollgebäude gemacht. Mit einem Kostenaufwand von 35 Millionen Franken soll der Gebäudekomplex bis 1991 erstellt werden. Die Inbetriebnahme der Prüfhalle für die Motorfahrzeugkontrolle ist auf den 1. Januar 1991 vorgesehen, während das Polizeigebäude und das Untersuchungsgefängnis bis im Herbst 1991 bereitstehen sollen . . .

Liechtensteiner Volksblatt, 30. August 1988

Landtag einstimmig für das Verkehrskonzept

Die Förderung des öffentlichen Verkehrs kann künftig ohne Abstriche im vorgesehenen Umfang und Zeitplan verwirklicht werden. Der Landtag stimmte am Donnerstag abend geschlossen dem von Regierungsrat Wilfried Büchel vorgelegten «Konzept für den öffentlichen Verkehr» zu und genehmigte damit auch die von einer Kommission unterbreiteten Vorschläge zur Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel. Die jährlichen Betriebskosten werden gesamthaft auf 5–10 Mio Fr. geschätzt.

Die Förderung des öffentlichen Verkehrs wird in Zukunft weiterhin Förderungsmassnahmen für die Postautos umfassen, nachdem der Landtag seine Zustimmung zum Verkehrskonzept ohne Wenn und Aber erteilt hat.

Das . . . Verkehrskonzept zeichnet sich dadurch aus, dass jeder Siedlungskern mindestens im Stundentakt, auf der Längsachse des Landes noch häufiger, angefahren wird. Das Umsteigen soll vor allem in Schaan erfolgen, wo sich in kurzen Abständen Fahrzeuge aus verschiedenen Richtungen treffen und gegenseitige Umsteigebeziehungen herstellen . . .

Liechtensteiner Volksblatt, 2. Juli 1988